Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 52 (1958)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : Morgenrot des Friedens? ; Alles nur Kulissenmalerei! ; Die westliche Linie... ; ...und ihr Ende ; Die Revolution der Farbigen

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140246

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

marskjöld, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, die Petition, in der es heißt:

«Jeder Atomversuch verbreitet radioaktive Elemente über die ganze Welt. Demnach ist jede zusätzliche Radioaktivität für die Gesundheit des Menschen schädlich und vergrößert in künftigen Geschlechtern die Zahl der anomalen Kinder. Solange diese Waffen nur in der Hand der drei Mächte sind, ist es leicht, sich über die Waffenkontrolle zu einigen. Aber wenn die Versuche weitergehen und andere Regierungen in den Besitz von Atomwaffen gelangen, wächst die Gefahr eines atomischen Vernichtungskrieges beträchtlich, denn die Welt wird dann irgendeinem unverantwortlichen nationalen Führer auf Gedeih oder Verderb ausgeliefert sein.»

Wir entnehmen diese Reuter-Meldung (Neuyork, 13. Januar) der «Sentinelle» vom 14. Januar 1958. Die Nachricht ist um so interessanter, als die Bemühungen in den Vereinten Nationen um eine Sondersitzung der Generalversammlung zur Diskussion der Abrüstungsfrage sich in den letzten Tagen sehr verdichtet zu haben scheinen. Nach amerikanischen Quellen sollen sich schon an die 30 Delegationen für den Plan einer Sonderversammlung ausgesprochen haben. Da für die Abstimmung über die Einberufung nur die einfache Mehrheit nötig ist, würden 42 Ja-Stimmen genügen.

WELTRUNDSCHAU

Morgenrot des Friedens! Seit der Pariser NATO-Konferenz, Mitte Dezember, macht sich unter den Völkern Westeuropas und Amerikas ein merkwürdiger Optimismus geltend. Man sieht bereits eine entscheidende Wendung zum Guten im Verhältnis von Ost- und Westblock bevorstehend, eine Möglichkeit friedlicher Koexistenz der beiden feindlichen Lager, vertrauensvolle Verhandlungen, eine wirkliche Abrüstung. In einem Brief, den ich zum Neujahr aus Amerika bekommen habe, heißt es sogar: «Die letzte NATO-Konferenz hat dem Kalten Krieg in seiner zwölfjährigen Gestalt den Todesstoß gegeben. Es ist fast unglaublich, in welch verändertem Ton – fast liebevoll – die Radiomänner von der Sowjetunion reden . . . Die Töne aus der Unterwelt sind noch da, ebenso grunzend und unkend, aber sie hören sich unwirklich an.»

Ich bedaure, diese Schau der Dinge nicht teilen zu können. Was ist denn in Paris w i r k l i c h geschehen? Gewiß, der ursprüngliche amerikanische Plan, den europäischen NATO-Staaten reichlich Atomwaffen zur Verfügung zu stellen und auf ihrem Boden Abschußrampen für Mittelstreckenraketen zu errichten, wofür dann die Europäer

als Gegenleistung neue politische Zugeständnisse an die Vereinigten Staaten zu machen hätten – dieser Plan ist nicht durchgegangen. Die Europäer zeigten sich meistens gar nicht so dankbar für das ihnen angebotene amerikanische Geschenk und keineswegs bereit, dafür den ihnen zugemuteten Preis zu bezahlen. Zwei Regierungen, die dänische und die norwegische, weigerten sich sogar entschieden, auf ihrem Gebiet Abschußrampen für Fernlenkgeschosse anlegen zu lassen, andere – wie diejenigen Hollands, Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens und Griechenlands – machten allerlei Vorbehalte und Bedenken geltend, und nur die konservative Regierung Großbritanniens stimmte bedingungslos zu. Aber in der englischen Öffentlichkeit erhob sich sogleich entrüsteter Widerspruch gegen diese Kapitulation, und zwar weit über die Labourkreise hinaus. Bevan gab ihm im Unterhaus beredten Ausdruck, und der «New Statesman» (4. Januar) scheute sich nicht, festzustellen, das Abkommen mit Amerika über die Fernraketen sei «einer der außerordentlichsten und vollständigsten Souveränitätsverzichte, die jemals ein Land zum ausschließlichen Nutzen eines anderen geleistet hat». Amerikanische Offiziere hätten jetzt – nicht als NATO-Kommandanten, sondern als Bürger der Vereinigten Staaten – Verfügungsgewalt über die in England lagernden H-Bomben und Raketen, was um so unannehmbarer sei, als Washington klargemacht habe, daß im Ernstfall keine Zeit mehr sein werde, um vorher noch die Regierungen über die Frage der Auslösung des Abschußmechanismus zu Rate zu ziehen; unter Umständen müsse das «Drücken auf den Knopf» einfach als automatische Reflexbewegung erfolgen. Überall in England und Schottland bilden sich darum Ausschüsse zum Widerstand gegen die Verwendung von Atomwaffen, während gleichzeitig die Anregungen zugunsten einer Neutralisierung Mitteleuropas, die George F. Kennan, der seinerzeitige scharf sowjetfeindliche politische Planer im amerikanischen Außenministerium, in seinen vielbeachteten Vorträgen vor einem britischen Auslesepublikum gemacht hat, ein ungewohnt starkes Echo in Presse, Radio und Antworten auf Rundfragen finden.

All das hat auf die in Paris erschienenen Amerikaner starken Eindruck gemacht, kam es doch als neue Belastung zu der schweren Erschütterung des amerikanischen Selbstgefühls hinzu. die der Beweis der sowjetischen Überlegenheit in der Raketentechnik soeben erst hervorgerufen hatte. Zum erstenmal in seiner Geschichte ist es jetzt Amerika klargeworden, daß seine nationale Sicherheit (wie es diese eben auffaßt) von seinen europäischen Verbündeten abhängt, ja daß es, wie ganz offen gesagt wird, in den nächsten drei Jahren – das heißt bis Amerika a u c h Langstreckenraketen haben wird – «auf den guten Willen Rußlands angewiesen» ist. Mit dem schönen Zustand, daß die Vereinigten Staaten, im Besitz der kriegstechnischen, allgemein militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit über die Sowjetunion, die Politik der «freien Welt» selbstherrlich bestimmen

konnten, ist es jetzt vorbei. Die «New York Herald Tribune» selbst hat durch eine «sehr gewissenhafte» Umfrage in elf Ländern festgestellt, daß nur in Holland und Australien die Ansicht vorherrscht, man müsse im Kriegsfall auf seiten Amerikas mitkämpfen, während sich zum Beispiel in Großbritannien 54 Prozent der Befragten für Neutralität ausgesprochen haben, in Frankreich 66 Prozent, in Italien 72 Prozent und in Westdeutschland 63 Prozent.

Kurz, die amerikanische Delegation an der Pariser Konferenz mußte sich zu einem Kompromiß entschließen: im Austausch gegen die grundsätzliche Zustimmung der übrigen NATO-Staaten zur Versorgung Europas mit Atomwaffen und Abschußrampen für Raketen sah sie sich genötigt, ihren Widerstand gegen neue Verhandlungen mit den Russen – sei es in Form einer Außenministerkonferenz, sei es auf dem Wege bloßer diplomatischer Routinegespräche – aufzugeben. Mr. Dulles hat damit offenkundig eine fühlbare Schlappe erlitten, die in den Vereinigten Staaten selbst dem Ruf nach seiner Absetzung neue Stärke verliehen hat. Typisch ist in dieser Hinsicht, was in dem sonst sehr vorsichtigen «Christian Science Monitor», der großen Bostoner Tageszeitung, Joseph C. Harsch aus Paris schrieb: «Die Amerikaner können es sich nicht mehr länger leisten, in Unwissenheit darüber zu sein, daß die öffentliche Meinung in ganz Europa tiefe Erleichterung empfinden würde, wenn Mr. Dulles verschwände. Die Menschen, die einfachen Menschen, bezweifeln, daß er wirklich eine Verständigung will. Sie argwöhnen, daß er die Londoner Verhandlungen (über die Abrüstung) im vergangenen Sommer bewußt sabotierte.»

Alles nur Kulissenmalerei! Jawohl, Dulles sollte wirklich gehen. Aber er geht eben nicht. Eisenhower hält ihn, der scharfmacherische Flügel der amerikanischen Oberklasse und alle Interessenten des Kalten Krieges halten ihn – und so geht eben auch die ganze «Politik der Stärke» und der «Befreiung der versklavten Ostvölker» weiter, die Dulles vertritt, außerhalb und innerhalb der NATO. «Angesichts einer Lage, die ohne Beispiel in der Weltgeschichte dasteht», so bemerkte letzthin (20. Dezember) die Londoner «Peace News», «sind die Macmillan, Eisenhower und Spaak unfähig, ihr auf andere Art zu begegnen, als indem sie die alte, überholte Politik mit noch vermehrter Intensität und noch größeren Opfern fortsetzen.» Jawohl, sie haben in der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine erweiterte Abrüstungskommission einsetzen und die Grundsätze billigen lassen, «die als unentbehrlich für eine wirkliche Verminderung der Rüstungen betrachtet werden». Da aber die Sowjetregierung von einer Wiederaufnahme der Londoner Verhandlungen (darauf käme die Sache ja tatsächlich hinaus) nichts Rechtes erwartet und auf diesem Boden nicht weiterarbeiten will, erklärte man im westmächtlichen Lager gleich, den Vereinten Nationen

komme «wenigstens das Verdienst zu, die Verantwortlichkeit Moskaus für das Stocken der Abrüstungsbemühungen klar festgestellt zu haben» (Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» aus Neuyork), was natürlich von vornherein der Zweck der Übung war. In Paris anderseits behaupteten die NATO-Regierungen in ihrem Schlußcommuniqué wider alle Wahrheit: «Nach sowjetischer Ansicht sollten alle europäischen Nationen mit Ausnahme der Sowjetunion auf Atomwaffen und -geschosse verzichten und sich auf Waffen des Voratomzeitalters verlassen, ohne auf eine allgemeine Abrüstung zu warten», um damit ihren Beschluß zu begründen, in Westeuropa Vorräte von Atomladungen anzulegen und ballistische Geschosse von mittlerer Reichweite dem NATO-Kommando in Europa zur Verfügung zu stellen. Diese Mittelstreckenraketen sollen nach jüngsten amerikanischen Erklärungen schon im Herbst bereitstehen; die Vorbehalte und Bedenken der in Frage kommenden Staaten werden bei der Ausführung dieses Programms keine wesentliche Rolle spielen, sind diese Länder ja doch durch die gemeinsame NATO-Politik wie durch wirtschaftliche und politische Bande viel zu eng mit Amerika verknüpft, als daß sie sich einen ernsthaften Widerstand gegen den «großen Bruder jenseits des Meeres» erlauben dürften.

Inzwischen treiben die Vereinigten Staaten selbst ihre Kriegsrüstungen mit verdoppeltem Eifer weiter. Bereits hat die Bundesregierung vom Kongreß für das laufende Finanzjahr einen Nachtragskredit von 1,2 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke angefordert. Im neuen Budgetjahr aber (das am 1. Juli beginnt) sollen die Militärausgaben von vornherein um eine Milliarde Dollar (etwa 4¼ Milliarden Schweizer Franken) höher sein als bisher, und der (nichtamtliche) Rockefeller-Ausschuß verlangt auch für die nächsten sechs Jahre eine Vermehrung der Rüstungsausgaben um je drei Milliarden Dollar alljährlich! Daß dieses Rüstungsfieber der Westmächte auch die Schweiz angesteckt hat, kann nicht wundernehmen, gewinnt doch in unseren Militärkreisen mehr und mehr die Schule der «Bewegungskrieger» die Oberhand, die sich eine Landesverteidigung nur noch in Zusammenarbeit mit einer «auswärtigen Mächtegruppe» und mit offensiven Waffen, eingeschlossen taktische Atombomben, vorstellen kann (sogenannte NATO-Konzeption). In der Tat jagen sich bei uns die Militärvorlagen; mit den Jahresraten für bereits beschlossene Anschaffungen werden die Rüstungsausgaben der Eidgenossenschaft für 1958 kaum weniger als 1,2 Milliarden Franken betragen – mehr als das Dreifache dessen, was sie noch 1947 ausmachten! Von einer Verminderung der militärischen Bestände hört man eigentlich nur aus der Sowjetunion, die ihre Streitkräfte neuerdings um 300 000 Mann herabsetzen will, nachdem sie schon früher eine Verringerung um 1 840 000 Mann erfahren haben. Aber das bedeutet natürlich praktisch nichts oder verdeckt nur eine tatsächliche Aufrüstung, wie wir gerade in diesen Tagen in allen westlichen Zeitungen lesen konnten...

Kann man bei solchem westlichem Rüstungsbetrieb noch an die Aufrichtigkeit des Wunsches der NATO-Staatsmänner glauben, durch Verhandlungen mit den Russen eine echte Abrüstung und die Lösung der großen internationalen Streitfragen zu erreichen? Der Führer der westdeutschen Sozialdemokraten, Ollenhauer, hat sicher recht, wenn er meinte, in der NATO verfolge man lediglich den Zweck, «sich ein Alibi zu verschaffen, um in der Lage zu sein, später zu erklären: Seht, wir kommen mit den Russen zu keinem Ende; wir benötigen daher Bomben und Raketen.» Höchstens daß man durch Hinhalten der Russen Zeit gewinnen will (bis 1961 sind ja sie im Vorsprung) oder in gewissen Regierungen fürchtet, bei den nächsten Wahlen schlecht abzuschneiden, wenn man vorher mit den Sowjets nicht wenigstens zum Schein vom Frieden gesprochen habe. Macmillan war jedenfalls zynisch genug, wenn er zu amerikanischen Journalisten in Paris vertraulich sagte, man brauche sich in den Vereinigten Staaten nicht zu beunruhigen, wenn auch er Ost-West-Verhandlungen zugestimmt habe; er habe das nur getan, um die öffentliche Meinung zuhause zu beschwichtigen, und herauskommen werde dabei ja sowieso nichts. Kann man da die Anregung des britischen Ministerpräsidenten zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion, der zuerst solche Sensation machte, überhaupt noch ernst nehmen? In Washington sagt man wenigstens ganz offen, der Vorschlag Macmillans sei «ausschließlich für den inneren britischen Konsum bestimmt» gewesen, und der frühere kanadische Außenminister Pearson (der kürzlich den Friedens-Nobelpreis bekommen hat!) begrüßte den Gedanken eines Nichtangriffspaktes besonders deshalb, weil es Zeit sei, daß der Westen etwas Initiative zeige, «und sei es auch nur zu propagandistischen Zwecken». Die Russen, so hieß es im Westen fast überall, müßten jedenfalls greifbare «Vorleistungen» geben, bevor man mit ihnen irgendein Abkommen treffen könne, das nicht sofort von ihnen gebrochen werde.

Präsident Eisenhower hat dementsprechend schon anläßlich der Pariser Konferenz behauptet, die Sowjetunion hätte ihr Versprechen, mitzuhelfen, «daß Deutschland friedlich und in Freiheit wiedervereinigt werden soll», glatt gebrochen. In Wahrheit besagte die Vereinbarung, die seinerzeit in Genf die vier Regierungshäupter unterzeichnet haben, ausdrücklich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen «in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit» erfolgen solle, also auch im Einklang mit den von den Russen immer klargestellten Notwendigkeiten der Sicherheit der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Staaten – nicht durch bedingungslosen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland auf Grund eines gesamtdeutschen Volksvotums mit nachfolgendem Anschluß des vereinigten Deutschland an die NATO, wie das von den Westmächten gewünscht wird. So verdreht

man sowjetische «Versprechen», um dann die Sowjetunion als vertragsunfähig hinzustellen!

Bundeskanzler Adenauer hat zwar in Paris ebenfalls neue Verhandlungen mit Moskau gefordert und damit erhebliches Aufsehen erregt, aber ob es ihm damit ernster ist als seinem Kollegen Macmillan, darf bezweifelt werden. Von einer Neutralisierung Deutschlands, ja nur von der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (nach dem Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki) will er bestimmt nichts wissen, so wie er auch grundsätzlich nichts gegen Atomwaffen für seine Wehrmacht und gegen amerikanische Abschußrampen hat. Aber er führt jetzt eben Verhandlungen mit den Russen über einen Handelsvertrag und die Rückkehr der «Volksdeutschen» aus Osteuropa und muß sich darum auch als Freund allgemein westöstlicher Gespräche geben. Dazu kommen innerpolitische Rücksichten und natürlich die Tatsache des sowjetischen Vorsprungs in der Raketenherstellung. «Für den Augenblick», so schreibt der Pariser «Observateur» (2. Januar), «legen die Sputniks Adenauer Klugheit nahe. ... Am Tag aber, da die amerikanischen interkontinentalen Raketen nicht mehr am Boden platzen, werden die Gespräche mit den Russen für Dr. Adenauer keinen anderen Sinn mehr haben, als zu zeigen, daß sie keinen Sinn haben.»

Die westliche Linie .... Daß die Russen unter diesen Umständen fortfahren, die westmächtlichen und auch andere Regierungen mit Vorschlägen für neue Staatskonferenzen zu bombardieren, ist nicht leicht verständlich. Daß es ihnen mit ihrem Begehren nach einer Generalverständigung zwischen Ost und West ernst ist, steht zwar für mich außer Zweifel, haben sie doch allen Grund, den Status quo, insbesondere den Bestand der Sowjetunion und Chinas, in aller Form völkerrechtlich anerkennen zu lassen. Und wer beispielsweise den großen Brief Chruschtschews an Kingsley Martin, den Chefredakteur des «New Statesman», unbefangen liest, der kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß die «blutigen Despoten im Kreml» ein echtes Grauen vor einer weiteren Fortsetzung des Kalten Krieges haben. Aber wie können sie hoffen, die Westmächte zu einem Abbruch des Kalten Krieges zu bewegen, den diese vor zwölf Jahren mit voll bewußter Absicht begonnen haben? Man kann höchstens annehmen, die Sowjetregierung wolle die NATO-Mächte vor ganz bestimmte, ausführbare Vorschläge stellen, wie sie auch der jüngste Bulganin-Brief formulierte: Einstellung der A- und H-Bombenversuche, Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, Abbau der Besetzung Deutschlands durch fremde Streitkräfte, Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs usw. – Vorschläge, denen gegenüber der Westen um eine klare Antwort nicht herumkommen könnte. Aber einer solchen eindeutigen Stellungnahme wollen die Westalliierten eben gerade ausweichen, weswegen sie alle

sowjetischen Konferenzanregungen nach Möglichkeit sabotieren oder sie doch nur ihrerseits zur Brandmarkung der Russen als der ewigen Friedensstörer zu benützen suchen.

In Wirklichkeit steht freilich die Sache so, daß ernstgemeinte, erfolgverheißende Verhandlungen über eine friedliche Generalbereinigung der west-östlichen Streitfragen nicht darum unmöglich sind, weil die Sowjets auf eine kriegerische Lösung sännen, sondern darum, weil die Westmächte eine solche Generalbereinigung, eine friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion, mit dem neuen China und mit der ganzen kommunistisch-sozialistischen Welt einfach nicht wollen. Das ist seit den Tagen des amerikanischen Atombombenmonopols ihre konsequent eingehaltene politische Linie, und sie wird es auch nach der Pariser NATO-Konferenz bleiben. Die Sowjetunion allerdings hat das größte Interesse an der von ihr unermüdlich gepredigten friedlichen Koexistenz; sie allein würde es ihr ermöglichen, ihr grandioses inneres Aufbauwerk weiterzuführen und gestützt darauf den erfolgverheißenden Wettbewerb mit dem kapitalistischen Regime im Weltmaßstab aufzunehmen. Aber gerade das will die kapitalistische Welt verhindern – weil sie mit Recht fürchtet, dabei den kürzeren zu ziehen. Der einfachste Weg zu diesem Ziel scheint ihr zu sein, den Wettkampf auf das viel aussichtsreichere militärische Gebiet zu verlegen und womöglich durch «friedlichen» Rüstungsdruck, verbunden mit jeder Art politischer Aushöhlung, den Ostblock zum Zusammenbruch zu bringen, wenn nötig aber auch zum offenen Krieg zu schreiten, der ja leicht als heiliger Verteidigungskrieg vor den Völkern gerechtfertigt werden könnte. Friedliche Koexistenz würde der so vorgezeichneten Linie westmächtlicher Politik völlig zuwiderlaufen; der Kommunismus würde dadurch ja nicht ausgerottet, sondern erhalten und gestärkt und die gegenwärtige Machtverteilung in der Welt auf unabsehbare Zeit bestehen bleiben. Als Folge des gemeinsamen Krieges gegen Deutschland mußte zwar die Existenz der Sowjetunion und ihrer Gefolgstaaten vom Westen wohl oder übel auch amtlich zur Kenntnis genommen werden, aber auch nur zur diplomatischen Anerkennung des kommunistischen China haben sich die Vereinigten Staaten bis heute noch nicht entschließen können.

Um den Völkern diese «Politik der Stärke» mundgerecht zu machen, wählte die westmächtliche Propaganda zwei Mittel. Erstens malte sie den Kommunismus, besonders in seiner sowjetischen Gestalt, in so grellen Farben als blutrünstiges, teuflisches Schreckensregiment an die Wand, daß die Menschen in Haß und Angst immer wieder ausrufen mußten: «Um Gottes willen, wenn die Russen auch zu uns kämen!» Zum zweiten aber behauptet sie sozusagen Tag für Tag, daß gerade das der Plan der Russen und ihrer Helfershelfer sei: die «freie Welt» mit ihren nach Millionen zählenden räuberischen Horden zu überfallen und auch sie in ein grauenhaftes, untermenschliches Sklavendasein hinunterzudrücken. Noch in ihrer Schlußerklärung vom

19. Dezember 1957 haben die Teilnehmer der Pariser Konferenz gewarnt, die «freie Welt» stehe «vor der wachsenden Drohung des internationalen Kommunismus»; die kommunistischen Machthaber hätten erst im letzten Monat «deutlich ihrer Entschlossenheit Ausdruck gegeben, der ganzen Welt ihre Herrschaft aufzuzwingen, wenn möglich durch Umsturz, notfalls aber durch Gewalt. Ähnlich hat sich der amerikanische Präsident in seiner Jahresbotschaft an das Bundesparlament vom 9. Januar ausgesprochen, um die kommunistische Gefahr für die «freie Welt» möglichst eindrücklich zu kennzeichnen. Auf diesen Ton sind eben in der West-Ost-Diskussion sozusagen sämtliche Äußerungen der antikommunistischen Staatsführer, von Eisenhower bis Adenauer, von Franco bis Tschiang Kai-Schek, gestimmt*. Und die Völker fallen immer noch prompt auf diese Schreckenspropaganda herein, ja um so leichter, je mehr sie von den wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritten der Sowjetunion hören – siehe die Sputnikpanik. Die Schlußfolgerung aus alldem lautet aber natürlich unweigerlich: Um unseres Lebens, um der Freiheit, um der menschlichen Kultur willen müssen wir militärisch rüsten, rüsten und nochmals rüsten, soll das uns angedrohte Schicksal doch noch von uns abgewendet werden!

Es ist in der Tat klar, daß bei d i e s e m Geisteszustand des Westens von seinem Standpunkt aus Friedensverhandlungen mit dem Osten gänzlich sinnlos wären. Der Kalte Krieg ist die einzig logische Konsequenz aus den Voraussetzungen, auf denen die westmächtliche Politik aufgebaut ist. Walter Millis spricht es in «The Nation» (14. Dezember 1957) durchaus zutreffend aus: «Im verflossenen Dutzend Jahre hat sich tatsächlich unsere ganze auswärtige und großenteils auch unsere innere Politik in der Kriegführung mit der Sowjetunion erschöpft ... Wer bei diesem Unternehmen nicht für uns ist, der ist wider uns. Diese Grundauffassung erlaubt keinen wirklichen Spielraum für Verhandlung oder Diplomatie ... Sie gestattet nur eine im Wesen militärische Verteidigung der nationalen Sicherheit. Sie verlangt die Aufrechterhaltung einer schlagbereiten Militärmacht, die ausreicht, um durch Vergeltungsdrohung einen militärischen Angriff der Sowjets im Zaum zu halten; sie erheischt eine militärische Diplomatie, die vor allem an der Erhaltung von ‚Kraftzentren' interessiert ist, an der Abwehr von ‚Friedensoffensiven', an Propaganda und ‚psychologischer' Kriegführung ... Wir haben bis zu einem in unserer Geschichte ungewohnten Grad unsere Gesellschaft militarisiert, indem wir militärische Führer und, was noch wichtiger ist, militärische Erwägungen in nahezu alle Stockwerke politischer Planung und Verwaltung unserer Regierung hineingebracht haben.» Der typische Vertreter der hier gekennzeichneten Denkweise ist Staatssekretär Dulles, der

* Erst recht natürlich die Presse- und Radiokundgebungen. Ein Beispiel dafür ist der Neujahrsartikel der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nummer vom 1. Januar 1958), der an bösartiger Demagogie schwer zu überbieten ist.

rastlos die große Abrechnung mit dem – so drückte er sich letzthin aus – «materialistischen Atheismus der Kommunisten» vorbereitet und nach einem Wort des liberalen amerikanischen Großkapitalisten Cyrus S. Eaton «gerade so daherredet wie der Kaiser Anno 1914». Und das besonders Schlimme an der heutigen Lage ist, daß die Rüstungspolitik des Herrn Dulles und seiner Mitkreuzfahrer neuen Auftrieb gewonnen hat durch den wirtschaftlichen Rückschlag in den Vereinigten Staaten, der schon bisher drei Millionen Menschen arbeitslos gemacht hat und nach kapitalistischem Rezept am sichersten gedämpft wird, wenn die großen Massenindustrien – Stahl, Gummi, Chemie, Automobile, Flugzeuge, Fernlenkgeschosse usw. – stark vermehrte Rüstungsaufträge vom Staat erhalten.

. . . . und ihr Ende Man braucht keinem Menschen von Vernunft erst zu sagen, wohin dieser ganze Weg führen m u ß, wenn die Umkehr nicht bald und gründlich erfolgt. Lassen wir es uns immerhin von einem so alterprobten Beobachter des internationalen Kräftespiels wie Leonard Woolf bestätigen, der im «New Statesman» (4. Januar) warnt: «Die Gefahr und die Schwierigkeit der heutigen Lage liegt im Wettrüsten. Jedes Wettrüsten in neuerer Zeit zwischen Großmächten, dem nicht durch einen positiven staatsmännischen Akt Einhalt getan wird, hat im Krieg geendet und wird es unausweichlich immer tun. Ein Wettrüsten ist ein politisches Rad, das Staatsmänner unter dem Antrieb von Furcht in Umdrehung setzen, und wenn ihm nicht Einhalt getan und die Bewegung umgekehrt wird, muß es zum Krieg führen. Beide Seiten – heute die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten – sind überzeugt, daß ihre einzige Sicherheit darin liegt, stärker zu sein als die andere, denn nur wenn sie stärker ist als die andere, wird sie ‚von einer Position der Stärke aus verhandeln' können. Unter dem Antrieb von Furcht und Haß aber, die zugleich Ursache und Folge des Wettrüstens sind, werden die politischen Ziele von Verhandlungen, die tatsächlichen Konflikte und Streitpunkte völlig aus den Augen verloren, und Kanonen, Raketen, Fernlenkgeschosse und Bomben werden zu Selbstzwecken. Vor zwei Jahren waren die Vereinigten Staaten ‚in einer Position der Stärke', aber es gab keine Verhandlungen; heute ist die Sowjetunion ‚in der Position der Stärke', und wieder gibt es keine Verhandlung.» Das Ende wird die eigengesetzliche, selbsttätige Entladung der Rüstungsspannung im Atomkrieg sein.

Das ist der Bankrott a l l e r «Realpolitik» und herkömmlichen Diplomatie. Es ist aber auch besonders das Ende der westmächtlich-amerikanischen Kommunismusbekämpfung. Walter Millis stellt es in dem bereits erwähnten Artikel der Neuyorker «Nation» unumwunden fest: «Unsere ‚staatsmännischen Gründe' (für die Gewaltpolitik gegenüber der Sowjetunion. H. K.) haben ihren Zweck verfehlt. Die Nation fühlt sich – und ist wahrscheinlich auch – viel weniger sicher

als jemals zuvor in unserer Geschichte.» «Die Kriegspsychologie hat unsere Außenpolitik fehlgeleitet. Sie trug dazu bei, uns für die Tatsache blind zu machen, daß die Welt nicht gänzlich von Washington und Moskau aus bestimmt wird, und machte uns überstarr und unfähig im Verkehr mit den Hunderten von Millionen Menschen, die in den ‚nichtfestgelegten' und ‚neutralistischen' Ländern leben ... Dieser Teil der Welt wird in erheblichem Maße von absoluten Monarchen, Diktatoren oder verhältnismäßig kleinen bürokratischen Klüngeln beherrscht, auf welche die freien Werte der kapitalistischen Demokratie keinen Eindruck machen.»

Der Verfasser rät den Vereinigten Staaten dringend, diese ganze Politik fahrenzulassen, sich nicht immer als rein friedlich gesinnt aufzuspielen, der Gegenseite «Angriffsabsichten» zu unterschieben und ihr einen Frieden auf Grund amerikanischer Bedingungen diktieren zu wollen. Aber ist die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten bereit, die radikale Umkehr von ihrem außenpolitischen Weg und namentlich von ihrer jetzt noch hemmungsloser betriebenen Rüstungspolitik vorzunehmen? Sind die herrschenden Klassen Englands, Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens und der anderen NATO-Länder dazu bereit? Wir glauben es keinen Augenblick. Wohl sind sie gezwungen, den immer unruhiger und aufsässiger werdenden Völkern einige Scheinzugeständnisse zu machen, aber es muß schon zu einem eigentlichen Aufstand der Völker gegen den verbrecherischen Wahnsinn der «Politiker der Stärke» und ihrer militärischen Handlanger kommen, bis die heute am Ruder stehenden Regierungen abtreten und einem neuen Geschlecht von politischen Führern, wirklichen Führern, Platz machen. Auch die sozialistische und Arbeiterbewegung Westeuropas wird, von ihrer verhängnisvollen Bindung an den blinden Antikommunismus der bürgerlichen Klassen loskommend, neues Blut, neuen Geist, neue Kraft gewinnen müssen, soll sie die geschichtliche Aufgabe erfüllen können, zu der diese Stunde der Entscheidungen sie ruft. Und nicht zuletzt wird die Christenheit ihre Solidarität mit den Interessenten des Kalten Krieges endlich zerschneiden und ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Treiben der Vernichtungstechniker entschlossen abstreifen müssen. «Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinder bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen», wie es in einem Aufruf der ost- und einiger westdeutschen evangelischen Kirchenleitungen heißt.

Die Revolution der Farbigen Ist aber nicht wenigstens unter den farbigen, «unterentwickelten» Völkern jener allgemeine Aufstand im Gang, zu dem die weiße Rasse nicht mehr die Kraft zu haben scheint? Wir setzen in der Tat auf diese gewaltige Bewegung auch für den Kampf um den Frieden große

Hoffnungen. Denn so verschieden auch die Antriebskräfte und Zielsetzungen der im nationalen und sozialen Befreiungskampf stehenden farbigen Nationen sein mögen – alles in allem genommen sind sie weder im Lager der Westmächte noch in demjenigen der kommunistischen Oststaaten zu finden, sondern verfolgen einen «neutralistischen» Kurs und entwickeln sich damit zu einem wichtigen Bestandteil jener «dritten Kraft», die den Zusammenstoß der beiden feindlichen Machtblöcke zu verhindern sucht. Und es sieht alles so aus, als werde diese Kraft auch im neuen Jahr vielversprechend weiterwachsen.

Da ist Nordafrika – Marokko und Tunesien, die ihre junge nationale Selbständigkeit anscheinend planmäßig zu festigen wissen, und namentlich Algerien, das sie früher oder später ebenfalls gewinnen wird. Zwar reden die Franzosen jetzt wieder einmal große Töne und versichern voller Optimismus, die «Befriedungsaktion» (so heißen sie ihren mörderischen Kolonialkrieg) sei nunmehr fast ans Ziel gelangt und «die Ära der Attentate, Überfälle und Schießereien in der Hauptstadt(!) überwunden». Aber noch immer lesen wir Tag für Tag von blutigen Scharmützeln außerhalb der Hauptstadt, in denen nach französischen Berichten das einemal 41, das anderemal 120, das drittemal 18 «Rebellen» getötet worden seien. Von einem Zusammenbruch der algerischen Freiheitsfront ist also keine Rede, und die Grausamkeit der französischen Kriegführung und Besetzungsherrschaft sorgt von selbst dafür, daß der Widerstandsgeist der Algerier immer aufs neue angefacht wird. Sogar die aus recht harmlosen Persönlichkeiten zusammengesetzte amtliche Untersuchungskommission, die die Klagen über schwere Mißbräuche der französischen Militärorgane prüfen sollte, mußte feststellen, daß die behaupteten Folterungen algerischer Gefangener Tatsache sind, daß Verhaftete spurlos verschwunden und unter anderem mindestens 97 «verdächtige» Algerier in Weinkellern durch Rauchgase umgebracht worden sind. (Die acht Zwangsaufenthaltslager in Algerien hingegen, so versichert die Kommission, mit ihren 5000 bis 6000 Häftlingen seien «hygienisch einwandfrei» . . .) Die französische Öffentlichkeit ist durch diese und ähnliche Enthüllungen zwar etwas aufgeschreckt worden, aber bald wieder in jene Gleichgültigkeit sowohl gegenüber dem Algerienkrieg wie gegenüber aller Politik überhaupt zurückgefallen, die für das französische Volk von heute so betrübend kennzeichnend ist. Am Fortgang und schließlichen Sieg der algerischen Freiheitsbewegung wird das allerdings nichts ändern.

Ein Grund für die Hartnäckigkeit, mit der die Franzosen an Algerien festhalten, ist die Besorgnis, der Verlust Algeriens werde auch die französischen Besitzungen im «schwarzen» Afrika in Mitleidenschaft ziehen. Das schwarze Kolonialreich Frankreichs, dieses riesige Gebiet, das von der Südgrenze Algeriens und Marokkos mit Unterbrechungen bis an die Mündung des Kongostromes reicht, also Französisch West- und Äquatorialafrika, galt bisher als mehr oder

weniger unzugänglich für nationale Unabhängigkeitsregungen. Aus wirtschaftlichen wie politischen und kulturellen Gründen, so hieß es immer, lehnten seine Bevölkerungen eine Trennung von Frankreich entschieden ab und kennten kein höheres Ideal, als in der ruhmreichen, freiheitlich-humanen französischen Zivilisation aufzugehen. Auch Professor Bernard Lavergne, der im vergangenen Sommer am «schwarz-afrikanischen» Kongreß von Bamako teilnahm, berichtet im «Christianisme Social» (November-Dezemberheft 1957) stolz: «Es ist eine hochwichtige und für uns so rührende Tatsache: All diese Menschen in Französisch West- und Äquatorialafrika, die 300 bis 400 verschiedene Sprachen reden, verstehen einander nur, wenn sie französisch sprechen; sie haben als Fahne nur die französische Fahne; einzig ein ungeheures trikolores Band umschloß den Kongreßsaal von Bamako von einem Ende zum anderen.» Aber auch Lavergne verzeichnet das Aufkommen einer starken Selbständigkeitsbewegung, die sich in Bamako besonders in dem (freilich kaum ausführbaren) Vorschlag eines neben und über dem französischen Mutterland stehenden weiß-schwarzen Bundesstaates kundgab, während er mit Stillschweigen die Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit West- und Äquatorialafrikas übergeht, die unter dem einmütigen Beifall des Kongresses in einer Erklärung des (durch Unfall am Erscheinen verhinderten) Ministerpräsidenten von Französisch Guinea, Sekon-Touré, erhoben wurde. Es sieht tatsächlich so aus, als ob alle bundesstaatlichen Pläne, die jetzt zwischen Frankreich und seinen afrikanischen Kolonien erörtert werden, bereits überholt seien und nur noch eine gänzliche politische Ablösung dieser Länder von Frankreich in Frage komme, mag auch die Verwirklichung dieses Begehrens noch geraume Zeit auf sich warten lassen.

In den britischen Kolonien Westafrikas geht die Entwicklung rascher vorwärts; innert kurzem soll, nach Nigeria, auch das kleine Sierra Leone die innere Selbstverwaltung zugesprochen bekommen, mit einer afrikanischen Regierung und der Zurückziehung der von den Engländern ernannten Mitglieder des Gesetzgebenden Rates. Bis 1960, so heißt es, würden Nigeria und Sierra Leone auch nach außen hin unabhängig werden, wie Ghana (die frühere Goldküste) es geworden ist.

Auch in Ost- und Zentralafrika sind die Tage der weißen Vorherrschaft gezählt. In Kenya geht der Kampf gegenwärtig darum, in welchem Ausmaß das schreiend ungerechte Verhältnis zwischen afrikanischer und britischer Vertretung im Gesetzgebenden Rat gemildert werden soll, ohne daß das Londoner Kolonialministerium bisher den Afrikanern irgendwie annehmbare Vorschläge hätte unterbreiten können. Lange werden sich jedenfalls die 5 800 000 Afrikaner die Herrschaft der 238 000 Europäer und Asiaten (Araber und Inder) nicht gefallen lassen. Ähnlich steht es in Uganda, dessen «Volksvertretung» aus 60 Mitgliedern besteht, von denen 30

durch den Gouverneur ernannt werden, während die Europäer und Asiaten zurzeit 12 und die Afrikaner 18 gewählte Abgeordnete haben – ein offenkundig unhaltbarer Zustand. In der Zentralafrikanischen Föderation, bestehend aus Süd- und Nordrhodesien sowie Nyassaland, suchen die Weißen unter der Führung des Rassenfanatikers Sir Roy Welensky (eines Halbjuden!) die Erhebung des Bundesstaates zum Rang eines unabhängigen Dominions zu erreichen, das damit völlig unter die Herrschaft der weißen Minderheit geriete. Die Afrikaner leisten jedoch diesem Plan erbitterten Widerstand. «Die Lage in Zentralafrika», so schreibt Fenner Brockway in den «Peace News», «ist viel ernster, als das britische Volk bisher weiß. Die Heftigkeit der Gefühle unter den Afrikanern in Nyassaland und kaum minder in Nordrhodesien ist erschreckend. Ich habe sogar den Ausdruck brauchen hören, Zentralafrika werde ein zweites Algerien werden, wenn die dortigen Europäer und die Londoner Regierung nicht mehr täten, um den Anspruch des afrikanischen Volkes auf Rechtsgleichheit anzuerkennen.»

Was Asien betrifft, so hat die Freiheitsbewegung der ehemaligen Kolonialvölker in den letzten Wochen auch zu sehr bedauerlichen Ausschreitungen geführt, vor allem in Indonesien. Weil die Verhandlungen zwischen Holland und Indonesien über West-Neuguinea in eine Sackgasse geraten sind, hat die indonesische Regierung den rassischen Nationalismus ihres Volkes derart aufgeputscht, daß fast der ganze Rest der holländischen Siedler und Kaufleute mit ihren Familien brutal enteignet und aus dem Land getrieben wurde. Das ist ein Unrecht, das sich rächen wird und sich – namentlich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten Indonesiens – bereits rächt. Doch muß man immer auch bedenken, daß die jetzt verjagten Holländer eben die letzten Opfer einer kolonialen Ausbeutungspolitik sind, deren Liquidierung durch holländische Starrköpfigkeit allzulange verschleppt worden ist. Mögen die Engländer daraus eine Lehre für das Indonesien benachbarte Singapur ziehen, wo die Geduld der «Eingeborenen» am Reißen ist. Bereits hat die weit links stehende Volksaktionspartei bei den letzten Wahlen 13 von den 14 Sitzen in der Volksvertretung gewonnen, um die sie kämpfte, und beherrscht nun den Gesetzgebenden Rat. Wenn Singapur, Malaia und Indonesien nicht kommunistisch werden, so sind die britischen und holländischen Kolonialisten sicher daran unschuldig.

Daß auch in Vorderasien, vor allem in den arabischen Ländern, Nationalismus und soziale Freiheitsbewegungen in diesem Jahr weitergehen und die Herrschaft des westlichen Imperialismus noch mehr erschüttern werden als bisher, scheint keinem Zweifel zu unterliegen. Bezeichnend ist in dieser Beziehung, daß der Libanon, in dem die Vereinigten Staaten eine besonders starke Stellung haben, neuerdings sehr um ein besseres Verhältnis zu Syrien bemüht ist und sogar Außenminister Charles Malik, dieser zuverlässige Vertrauensmann

der Westmächte, einer Verständigung zwischen Amerika und der Sowjetunion über den Orient das Wort redet. Auf alle Fälle läßt sich die Sowjetunion nicht mehr aus der kommenden Neugestaltung Vorderasiens ausschalten, weder politisch noch wirtschaftlich. Und wenn auch die Ende Dezember in Kairo abgehaltene Konferenz von Vertretern afrikanischer und asiatischer Freiheitsbewegungen keinen amtlichen Charakter trug, so täten die Westmächte doch sehr übel daran, wenn sie die scharf antikolonialistischen und antiimperialistischen Beschlüsse der Konferenz und das mit eindrücklicher Vorbehaltlosigkeit abgegebene Hilfsversprechen des sowjetischen Delegationsführers an alle unterentwickelten Länder nicht ernst nähmen. Eine Studie, die das amerikanische Außenministerium unlängst veröffentlicht hat, stellt selber fest, daß die Sowjetunion an zehn unterentwickelte Länder in den letzten zweieinhalb Jahren Wirtschaftshilfe in einem Betrag geleistet hat, der die amerikanische Wirtschaftshilfe an diese Länder erheblich übersteigt (1,5 Milliarden Dollar gegen 900 Millionen) – von den besseren Bedingungen, unter denen die sowjetische Hilfe geleistet wurde, ganz zu schweigen.

Alles in allem: Der amerikanisch-westmächtlichen Druck- und Drohpolitik, die es kalt entschlossen auf einen kriegerischen Zusammenprall der beiden großen Machtlager ankommen läßt, ja ihm mindestens unbewußt entgegentreibt, erwächst in den «nichtfestgelegten», zumeist wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Ländern eine zunehmend besser organisierte Gegenkraft, die sich immer mehr auf die Sowjetunion und dazu auf China hin ausrichtet. Wir zählen darauf, daß diese Kraft – die von «Heiden» aller Art und Mohammedanern verkörpert wird –, zusammen mit der rüstungsgegnerischen Revolte in den westlichen Ländern selbst dazu beitragen werde, der Sache des Friedens und der sozialen Neuordnung im «christlichen» Abendland während des vor uns liegenden Jahres eine tüchtige Strecke Weges weiterzuhelfen.

11. Januar. *Hugo Kramer*

An unsere Abonnenten!

Diesem Heft liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten Sie höflichst um Einzahlung des Abonnementsbetrages für 1958 (jährlich Fr. 20.—, halbjährlich Fr. 10.—, vierteljährlich Fr. 5.—, Ausland: jährlich Fr. 21.—, halbjährlich Fr. 10.50). Der Einzahlungsschein liegt aus technischen Gründen der g a n z e n Auflage bei. Wer uns den Abonnementsbetrag schon überwiesen hat, möge vielleicht den Schein gelegentlich für einen freiwilligen Beitrag benützen, wofür wir zum voraus herzlich danken. Probehefte zur Werbung von neuen Abonnenten werden von der Administration gerne unentgeltlich zugestellt.